

## A n t w o r t

des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Michael Wäschenbach (CDU)  
– Drucksache 17/4174 –

### Demonstration für eine bessere Pflege und Dienst nach Vorschrift durch Pflegekräfte

Die Kleine Anfrage – Drucksache 17/4174 – vom 16. September 2017 hat folgenden Wortlaut:

Für den 9. September 2017 hatte die Gewerkschaft ver.di in Mainz zu einem Demonstrationzug für die Initiative Pflegekräfte in Not aufgerufen. Angeblich haben 500 Pflegekräfte daran teilgenommen.

Ebenso hatte die Gewerkschaft ver.di am 12. September 2017 die Pflegekräfte in allen deutschen Krankenhäusern zum Dienst nach Vorschrift aufgerufen. Ein Gewerkschaftssprecher sagte laut einem Bericht der Zeitung Trierischer Volksfreund, es fehlen in Rheinland-Pfalz derzeit 1300 Krankenpfleger, dies belastet die Qualität in den Krankenhäusern.

Daher frage ich die Landesregierung:

1. Welche Hintergründe und Vorkommnisse sind zum o. g. Demonstrationzug in der Landeshauptstadt bekannt?
2. Wie wird die Unterstützung der Demonstration durch das Netzwerk für eine freie Pflegekammer in Rheinland-Pfalz beurteilt?
3. Wie wird das Netzwerk und deren Verantwortliche, welche gegen die Pflegekammer in Rheinland-Pfalz propagieren, beurteilt?
4. In wie vielen Krankenhäusern in Rheinland-Pfalz wurde an dem Protesttag „Dienst nach Vorschrift“ gemacht?
5. Wie kann der Personalnot in den Krankenhäusern kurzfristig begegnet und die Lücke von 1 300 Pflegekräften gefüllt werden?
6. Wie wird die in diesem Zusammenhang getätigte Aussage des Vorsitzenden des Gemeinsamen Bundesausschusses beurteilt, kleine Krankenhäuser notfalls zu schließen, falls diese die Qualitätsanforderungen wegen Personalnot nicht mehr erfüllen könnten?
7. Wie wird andererseits die Aussage der Krankenhausträger beurteilt, die über die sehr strengen Qualitätsvorgaben klagen?

Das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 9. Oktober 2017 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Der Verantwortliche im Sinne des Presserechtes der Demonstration ist offenbar Initiator einer Petition zu beruflichen Rahmenbedingungen für Pflegekräfte (<http://pflegekraefte-in-not.weebly.com/petition.html>). Darüber hinaus sind der Landesregierung weder Hintergründe noch Vorkommnisse zu der genannten Demonstration am 9. September 2017 in Mainz bekannt.

Zu den Fragen 2 und 3:

Ein Netzwerk für eine freie Pflegekammer in Rheinland-Pfalz ist der Landesregierung ebenso wenig bekannt wie Aktivitäten des Netzwerkes im Zusammenhang mit der Landespflegekammer Rheinland-Pfalz.

Zu Frage 4:

Der Landesregierung liegen zu diesem Sachverhalt keine Erkenntnisse vor.

Zu Frage 5:

Rheinland-Pfalz setzt sich seit Jahren für eine verstärkte Ausbildung und bessere Beschäftigungsbedingungen in den Krankenhäusern ein und wird dies auch weiterhin tun. Der im Branchenmonitoring 2010 festgestellte Fehlbedarf im Pflegebereich von 2 900 Kräften konnte deutlich verringert werden. Dies ist auch auf die Bemühungen der Landesregierung und ihrer Partner im Rahmen der „Fachkräfte- und Qualifizierungsinitiative 2012 bis 2015, Berufsfeld Pflege“ zurückzuführen. Gleichwohl wird weiterer Bedarf zur Erhöhung der Anzahl der Ausbildungsplätze gesehen. Daher wird derzeit von der Landesregierung der neue Ausbildungsstättenplan 2017 erarbeitet, in dem geregelt wird, wo in den Krankenhäusern wie viele weitere Ausbildungsplätze ausgebaut werden sollen. Aufgrund des noch bestehenden Fachkräfteengpasses wurde am 20. Januar 2017 mit allen Unterzeichnern der Verein-

b. w.

barung zur „Fachkräfte- und Qualifizierungsinitiative 2012 bis 2015, Berufsfeld Pflege“ auf dem Fachkräftegipfel Pflege beschlossen, die derzeitige Fachkräfteinitiative Pflege in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe im Laufe des Jahres 2017 weiterzuentwickeln und ab dem Jahr 2018 als „Fachkräfte- und Qualifizierungsinitiative Pflege 2.0“ fortzusetzen. Ziel ist es, die bestehende Fachkräfte-lücke durch höhere Ausbildungszahlen und bessere Beschäftigungsbedingungen zu schließen. Zudem soll die Pflegeausbildung attraktiver für den Nachwuchs werden. Dafür werden die strukturellen Voraussetzungen für die neue gemeinsame Pflegeausbildung geschaffen. Darüber hinaus soll die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse vereinfacht werden, sodass Fachkräfte aus dem Ausland leichter in der Pflege in Rheinland-Pfalz arbeiten können.

Die Landesregierung setzt sich seit Jahren für eine verbesserte, faire Krankenhausfinanzierung ein. Die angemessene Refinanzierung des Bedarfs an Pflegekräften im Krankenhaus ist unabdingbare Voraussetzung zur Sicherstellung der pflegerischen Versorgung.

In diesem Zusammenhang befürwortet die Landesregierung die Vorgabe von Mindestpersonalausstattungen in der Pflege sowie ihre vollständige und dauerhafte Refinanzierung.

Zu Frage 6:

Entscheidungen dieser Art obliegen nicht dem Gemeinsamen Bundesausschuss. Für den Fall der Nichteinhaltung von Pflegepersonaluntergrenzen sind als Sanktionsmechanismus Vergütungsabschläge vorgesehen.

Zu Frage 7:

Die Krankenhausträger stellen ein hochwertiges und qualitätsgesichertes Angebot an Krankenhausleistungen zur Verfügung. Sie klagen nicht über die Qualitätsvorgaben an sich, sondern über die mangelnde Bereitschaft zur fairen Refinanzierung ihrer Leistungen bei gleichzeitig weiter steigenden Qualitätsanforderungen.

Sabine Bätzing-Lichtenthäler  
Staatsministerin